

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 10. April 1997 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen

A. Zielsetzung

Nachdem die Bundesrepublik Deutschland in den 80er Jahren mit ihren Nachbarstaaten Dänemark, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg, Frankreich, der Schweiz und Österreich Abkommen mit inhaltlich gleicher Zielsetzung abgeschlossen hat, war nach den grundlegenden politischen Veränderungen in Osteuropa der Weg frei, auch mit den östlichen Nachbarn Hilfeleistungsabkommen zu schließen. Nach Rußland und Litauen ist Polen das dritte Land Osteuropas, mit dem die Bundesrepublik Deutschland gegenseitige Hilfe im Katastrophen- und Unglücksfall vereinbart.

In dem Bewußtsein, daß Folgen und Auswirkungen natur- oder technologiebedingter Katastrophen häufig weit über die eigenen Staatsgrenzen hinaus zu spüren sind, und um dem Gedanken nachbarschaftlicher Solidarität Rechnung zu tragen, soll mit dem Hilfeleistungsabkommen die rechtliche Grundlage für eine – bereits seit Jahren praktizierte – wirksame grenzüberschreitende Hilfe zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland geschaffen werden. Ziel des Abkommens ist es, die Voraussetzungen für gegenseitige rasche und unbürokratische Hilfe im Katastrophen- und Unglücksfall zu schaffen.

B. Lösung

Das am 10. April 1997 unterzeichnete Abkommen schafft die erforderlichen Voraussetzungen, indem es die Ansprech- und Kontaktstellen

Fristablauf: 19. 12. 97

festlegt, den grenzüberschreitenden Verkehr von Personen und Sachen erleichtert, einen umfassenden Kostenverzicht des hilfeleistenden Vertragsstaates ausspricht, einen Haftungsausschluß bei Personen- und Sachschäden sowie einen umfassenden Informations- und Erfahrungsaustausch der beiden Vertragsstaaten vorsieht. Die Innenministerien der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und des Freistaats Sachsen – als gemäß Artikel 3 des Abkommens für die Stellung und Entgegennahme von Hilfeersuchen zuständige Behörden – können zur Durchführung des Abkommens Verfahrensregelungen sowie gesonderte Vereinbarungen hinsichtlich der konkreten Zusammenarbeit treffen bzw. andere Behörden und Stellen hierzu ermächtigen.

Mit dem vorgelegten Vertragsgesetz soll das Abkommen die für die Ratifikation erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes erhalten.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Das Abkommen sieht aufgrund der humanitären Zielsetzung grundsätzlich einen gegenseitigen Verzicht auf Kostenerstattung bei Hilfeleistungen vor. Allerdings kann jeder Vertragsstaat verlangen, daß die Kosten für den Einsatz von Luftfahrzeugen bis zur Hälfte von dem hilfeersuchenden Vertragsstaat übernommen werden. Die Höhe der Kosten richtet sich in diesem Fall nach den Tarifen, die in dem hilfeleistenden Vertragsstaat zum Zeitpunkt der Hilfeleistung gültig sind.

Es ist zu erwarten, daß sich die Aufwendungen beider Vertragsparteien für wechselseitig gewährte Hilfe auf Dauer ausgleichen.

07. 11. 97

In – U

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 10. April 1997
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Polen
über die gegenseitige Hilfeleistung
bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (123) – 216 00 – Zl 33/97

Bonn, den 7. November 1997

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

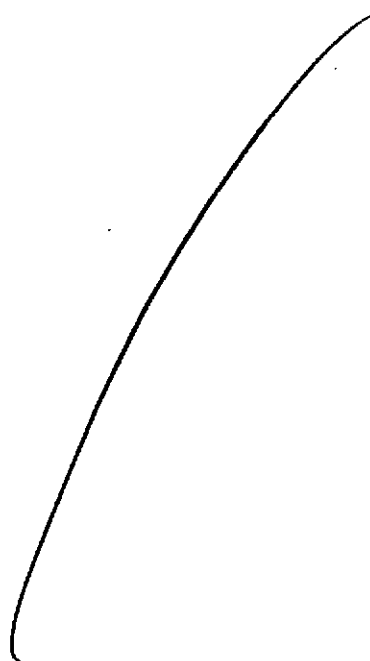
Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 10. April 1997 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium des Innern.

Dr. Helmut Kohl

Fristablauf: 19. 12. 97



Entwurf

Gesetz
zu dem Abkommen vom 10. April 1997
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Polen
über die gegenseitige Hilfeleistung
bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Warschau am 10. April 1997 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Aufwendungen, die auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland bei Hilfeleistungen in der Republik Polen entstehen, trägt

1. der Bund, soweit das Bundesministerium des Innern Hilfe zugesagt hat,
2. das jeweilige Land, soweit das Innenministerium des Landes Hilfe zugesagt hat; landesrechtliche Bestimmungen über die Kostentragung innerhalb des Landes bleiben unberührt.

(2) Absatz 1 gilt für Artikel 3 Abs. 2 des Abkommens entsprechend.

(3) Bei Aufwendungen, die auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland in den Fällen des Artikels 9 Abs. 3 entstehen, richtet sich die Kostenträgerschaft danach, ob die jeweilige Hilfsmaßnahme in den Aufgabenbereich des Bundes oder eines Landes fällt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 16 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da das Gesetz in Verbindung mit dem Abkommen auch das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden regelt.

Zu Artikel 2

Dem humanitären Geist des Abkommens entsprechend gehen beide Vertragsstaaten hinsichtlich der Kostenerstattung von einem umfassenden wechselseitigen Kostenverzicht aus.

Der Bund trägt die Kosten einer von ihm zugesagten Hilfeleistung in den Fällen, in denen er nach dem Abkommen unmittelbar um Hilfe ersucht wird oder in denen die an die Republik Polen angrenzenden Länder das an sie gerichtete Hilfeersuchen an den Bund weiterleiten, weil das Ausmaß der Katastrophe Hilfeleistungen in einem Umfang erfordert, der den üblichen Rahmen der Nachbarschaftshilfe im Grenzbereich überschreitet.

Die auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland für Hilfsmaßnahmen in Polen entstehenden Kosten sind grundsätzlich von dem Land zu tragen, welches nach Artikel 3 des Abkommens das Hilfeersuchen entgegengenommen und Hilfe zugesagt hat.

Dieser Regelung liegt der Gedanke zugrunde, daß die an die Republik Polen angrenzenden Länder und Kommunen schon seit Jahren über die Grenze hinweg Hilfe geleistet und Hilfe empfangen und die dazu erforderlichen Entscheidungen ohne Einschaltung des Bundes getroffen haben.

Diese herkömmliche Übung entspricht der Notwendigkeit, daß auch im grenznahen Bereich Nachbarschaftshilfe schnell und ohne lange Entscheidungswege geleistet werden muß, damit sie wirksam greifen kann.

Da die Hilfeleistungen im grenznahen Bereich auf der Grundlage der Gegenseitigkeit geleistet werden, sind auch in der Vergangenheit in aller Regel die entstandenen Kosten weder von deutscher noch von polnischer Seite dem jeweils Hilfeersuchenden in Rechnung gestellt worden. Die Entscheidung über die Hilfeleistung und über den Kostenverzicht lag also auch bisher schon in einer Hand. Die für den Fall einer Hilfeleistung nach Artikel 3 Abs. 2 des Abkommens getroffene Kostenregelung bedeutet nicht notwendigerweise eine Abkehr von der bisherigen Praxis, daß die hilfeleistenden deutschen Grenzgemeinden und -kreise ihre Aufwendungen selbst tragen. Der staatsrechtliche Begriff „Land“ schließt vielmehr auch die Kommunen ein.

Artikel 2 Abs. 3 bedeutet, daß in den Fällen, in denen bei Hilfeleistungen der polnischen Seite in der Bundesrepublik Deutschland Aufwendungen nach dem Abkommen entstehen, diese gemäß Artikel 104a Abs. 1 des Grundgesetzes in der Regel von dem hilfeersuchenden Land zu tragen sind.

In landesinterne Kostenregelungen wird durch das Abkommen nicht eingegriffen.

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, besonders auf das Verbraucherpreisniveau, ergeben sich nicht.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 16 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Polen
über die gegenseitige Hilfeleistung
bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen**

**Umowa
między Republiką Federalną Niemiec
a Rzeczpospolitą Polską
o wzajemnej pomocy
podczas katastrof i klęsk żywiołowych
lub innych poważnych wypadków**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Polen –

Republika Federalna Niemiec
oraz Rzeczpospolita Polska,
zwane dalej Umawiającymi się Stronami, –

in der Absicht, einen Beitrag zur Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen in Europa im Geist des Vertrages vom 17. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zu leisten,

eingedenk des Vertrags vom 14. November 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze,

in Übereinstimmung mit den Zielen der Vereinten Nationen, die die neunziger Jahre zu einer Dekade der Förderung der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der vorbeugenden und abwehrenden Katastrophenhilfe bei Naturkatastrophen erklärt haben,

eingedenk des Abschließenden Dokuments des Dritten KSZE-Folgetreffens in Wien vom 15. Januar 1989 und des Helsinki-Dokuments vom 10. Juli 1992,

unter Berücksichtigung des am 17. März 1992 in Helsinki unterzeichneten Übereinkommens über die grenzüberschreitenden Auswirkungen von Industrieunfällen,

in dem Bewußtsein, daß natur- oder technologiebedingte Katastrophen oder schwere Unglücksfälle möglich sind,

überzeugt von der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit dem Ziel, die gegenseitige Hilfe bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen zu erleichtern und die schnelle Entsendung von Hilfsmannschaften und -material sicherzustellen,

in Anbetracht der Vorteile, die der Austausch von wissenschaftlichen und technischen Informationen auf dem Gebiet der Industrieunfallverhütung und der Katastrophen- und Unglücksfallvorbeugung sowie bei der Beseitigung von deren Auswirkungen für beide Seiten bringen kann –

sind wie folgt übereingekommen:

**Artikel 1
Vertragsgegenstand**

Die Vertragsstaaten helfen einander entsprechend ihren Möglichkeiten bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen, die ernsthafte Schäden oder Gefahren für die körperliche Unversehrtheit von Personen, für Güter oder für die Umwelt nach sich ziehen und die mit eigenen Mitteln des hilfeersuchenden Vertragsstaats nicht gänzlich bewältigt werden können.

zamierzając przyczynić się do rozwijania dobrosąsiedzkich stosunków w Europie, w duchu Traktatu między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską o dobrym sąsiedztwie i przyjaznej współpracy z 17 czerwca 1991 r.,

w myśl Traktatu między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską o potwierdzeniu istniejącej między nimi granicy z 14 listopada 1990 r.,

zgodnie z celami Organizacji Narodów Zjednoczonych, która ogłosiła lata dziewięćdziesiąte dekadą wspierania międzynarodowej współpracy w zapobieganiu i przeciwdziałaniu zagrożeniom na wypadek klęsk żywiołowych,

w myśl dokumentu końcowego III Stałego Posiedzenia KBWE w Wiedniu, które odbyło się 15 stycznia 1989 r. oraz Dokumentu Helsińskiego z 10 lipca 1992 r.,

uwzględniając postanowienia Konwencji w sprawie transgranicznych skutków awarii przemysłowych, przyjętej w Helsinkach 17 marca 1992 r.,

będące świadomymi możliwościami zaistnienia katastrof spowodowanych siłami przyrody, działalnością techniczną lub innych poważnych wypadków,

przekonane o potrzebie współdziałania w celu ułatwienia wzajemnej pomocy na wypadek powstania katastrof, klęsk żywiołowych lub innych poważnych wypadków oraz w celu zagwarantowania szybkiego wysłania grup ratowniczych i środków pomocy,

a także biorąc pod uwagę korzyści, jakie może przynieść Umawiającym się Stronom wymiana informacji naukowej i technicznej w dziedzinie zapobiegania awariom przemysłowym, katastrofom i klęskom żywiołowym lub innym poważnym wypadkom i likwidacji ich skutków,

uzgodniły co następuje:

**Artykuł 1
Przedmiot umowy**

Umawiające się Strony będą udzielały sobie, w miarę swych możliwości, wzajemnej pomocy na wypadek katastrof i klęsk żywiołowych lub innych poważnych wypadków, które powodują poważne szkody lub zagrożenie dla życia i zdrowia ludzi lub dóbr materialnych oraz środowiska naturalnego, a które nie mogą być całkowicie opanowane przy użyciu własnych środków Strony zwracającej się o pomoc.

Artikel 2**Begriffsbestimmungen**

Im Sinne dieses Abkommens bedeuten die Begriffe:

„hilfersuchender Vertragsstaat“

der Vertragsstaat, dessen zuständige Behörden und Stellen um Hilfeleistung, insbesondere um Entsendung von Hilfsmannschaften oder -ausrüstung aus dem anderen Vertragsstaat, ersuchen;

„hilfeleistender Vertragsstaat“

der Vertragsstaat, dessen zuständige Behörden oder Stellen einem Ersuchen des anderen Vertragsstaats um Hilfeleistung, insbesondere um Entsendung von Hilfsmannschaften oder -ausrüstung, stattgeben;

„Transitstaat“

der Staat, dessen Hoheitsgebiet die Hilfsmannschaften durchqueren müssen, um den hilfersuchenden Staat zu erreichen;

„Hilfsmannschaft“

eine vom hilfeleistenden Vertragsstaat zwecks Hilfeleistung in den hilfersuchenden Vertragsstaat entsandte Personengruppe;

„Ausrüstungsgegenstände“

das Material, die technischen Mittel, die Fahrzeuge, die Güter für den Eigenbedarf (Betriebsgüter), Rettungshunde, die persönliche Ausstattung sowie persönliche Gebrauchsgegenstände der Hilfsmannschaften und Fachkräfte;

„Hilfsgüter“

die Gegenstände, die zur kostenlosen Verteilung unter der von der Katastrophe oder dem schweren Unglücksfall betroffenen Bevölkerung bestimmt sind.

Artikel 3**Zuständigkeiten**

(1) Die für die Stellung und Entgegennahme von Hilfersuchen zuständigen Behörden sind:

1. in der Bundesrepublik Deutschland:

- das Bundesministerium des Innern sowie
- die Innenministerien der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und des Freistaats Sachsen;

2. in der Republik Polen

- der Minister für Innere Angelegenheiten und Öffentliche Verwaltung.

(2) Die in Absatz 1 genannten Behörden können andere Behörden und Stellen bezeichnen, die zur Stellung oder Entgegennahme von Hilfersuchen sowie zur Regelung von Fragen des Verfahrens bei der Durchführung dieses Abkommens ermächtigt sind.

(3) Die in den Absätzen 1 und 2 genannten Behörden und Stellen sind ermächtigt, bei der Durchführung dieses Abkommens unmittelbar miteinander in Verbindung zu treten.

(4) Die beiden Vertragsstaaten geben einander die Adressen und Telekommunikationsverbindungen der in den Absätzen 1 und 2 genannten Behörden bekannt.

Artikel 4**Einsatzarten**

(1) Die Hilfe kann durch einzelne Fachkräfte oder durch Hilfsmannschaften geleistet werden, die an den Ort der Katastrophe oder des schweren Unglücksfalls entsandt werden und die insbesondere in den Bereichen Brandbekämpfung, technische Hilfeleistung, Bekämpfung von radiologischen, chemischen und ökologischen Gefahren, Sanitätshilfe, Rettung und Bergung oder

Artykuł 2**Definicje**

Dla potrzeb niniejszej Umowy ustala się znaczenie używanych w niej terminów, jak następuje:

„Strona zwracająca się o pomoc“

Umawiająca się Strona, której odpowiednie organy zwracają się o pomoc, w szczególności o przysłanie grup ratowniczych lub wyposażenia z terytorium drugiej Umawiającej się Strony,

„Strona pomagająca“

Umawiająca się Strona, której odpowiednie organy spełniają prośbę o pomoc drugiej Umawiającej się Strony, w szczególności prośbę o przysłanie grup ratowniczych lub wyposażenia,

„Państwo tranzytu“

państwo, przez którego terytorium będą przemieszczane grupy ratownicze, w celu dotarcia do państwa zwracającego się o pomoc,

„Grupa ratownicza“

zespół osób wysłanych przez Stronę pomagającą w celu udzielenia pomocy Stronie zwracającej się o pomoc, na jej terytorium,

„Wyposażenie“

materiały, środki techniczne, pojazdy, własne zaopatrzenie grup ratowniczych (zaopatrzenie operacyjne), psy ratownicze, ekwipunek osobisty oraz przedmioty osobistego użytku grup ratowniczych i ekspertów,

„Środki pomocy“

dobry przeznaczone do bezpłatnego rozprowadzenia wśród ludności poszkodowanej w wyniku katastrofy, klęski żywiołowej lub innych poważnych wypadków.

Artykuł 3**Kompetencje**

1. Organami upoważnionymi do zwracania się o pomoc i przyjmowania wniosków o udzielenie pomocy są:

1) w Republice Federalnej Niemiec:

- Federalne Ministerstwo Spraw Wewnętrznych, a także
- Ministerstwa Spraw Wewnętrznych krajów: Meklemburgii-Pomorza Przedniego, Brandenburgii i Wolnego Państwa Saksonii;

2) w Rzeczypospolitej Polskiej:

- Minister Spraw Wewnętrznych i Administracji.

2. Wymienione w ustępie 1 organy mogą wskazać inne organy, które zostały upoważnione do zwracania się o pomoc i przyjmowania wniosków o udzielenie pomocy oraz do ustalenia trybu realizacji niniejszej Umowy.

3. Organy wymienione w ustępach 1 i 2, w celu realizacji niniejszej Umowy, są upoważnione do bezpośrednich wzajemnych kontaktów.

4. Obie Umawiające się Strony wymieniają informacje o adresach i numerach połączeń telekomunikacyjnych organów wymienionych w ustępach 1 i 2.

Artykuł 4**Rodzaje operacji**

1. Pomoc może być udzielona przez poszczególnych ekspertów lub grupy ratownicze, posiadających niezbędne wyposażenie, kierowanych do miejsc katastrof, klęsk żywiołowych lub innych poważnych wypadków, a wyspecjalizowanych w szczególności w gaszeniu pożarów, ratownictwie technicznym, opanowywaniu zagrożeń radiologicznych, chemiczno-ekolo-

behelfsmäßige Instandsetzung ausgebildet sind und die über die erforderlichen Ausrüstungsgegenstände verfügen. Auf Wunsch des hilfeersuchenden Vertragsstaats kann die Hilfe auch auf jede andere Weise erbracht werden.

(2) Die Hilfsmannschaften und die einzelnen Fachkräfte sowie die Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter können auf dem Land-, Luft- oder Wasserweg transportiert werden.

Artikel 5 **Grenzübertritt**

(1) Um die für einen Hilfeinsatz erforderliche Wirksamkeit und Schnelligkeit zu gewährleisten, verpflichten sich die Vertragsstaaten, die Förmlichkeiten beim Überschreiten der Grenze auf das unerläßliche Mindestmaß zu beschränken.

(2) Die Mitglieder einer Hilfsmannschaft überschreiten die Grenze und halten sich im Hoheitsgebiet des hilfeersuchenden Vertragsstaats auf der Grundlage einer von der zuständigen Stelle des hilfeleistenden Vertragsstaats gemäß Artikel 3 ausgestellten Bescheinigung auf, die zum Grenzübertritt berechtigt. Das Muster der Bescheinigung ist in Anlage 1 zu diesem Abkommen enthalten. Kann im Fall besonderer Eilbedürftigkeit die Bescheinigung nicht vorgelegt werden, so genügt jeder andere Nachweis, daß der Grenzübertritt zum Zwecke eines Hilfeinsatzes gemäß diesem Abkommen erfolgt. Daneben hat jedes Mitglied einer Hilfsmannschaft seinen mit seinem Lichtbild versehenen Dienstaussweis oder ein sonstiges Identitätsdokument mitzuführen und sich hiermit auf Verlangen eines hierzu ermächtigten Amtsträgers auszuweisen.

(3) Die Hilfsmannschaften überschreiten die Grenze an den Grenzübergängen. Bei besonderer Dringlichkeit kann der Grenzübertritt auch außerhalb der zugelassenen Grenzübergangsstellen nach Abstimmung mit den zuständigen Stellen der Vertragsstaaten gemäß Artikel 3 und nach vorheriger Unterrichtung der zuständigen Grenzschutzbehörden erfolgen.

(4) Die Erleichterungen beim Grenzübertritt nach den Absätzen 1 und 2 gelten entsprechend für den Fall, daß ein Vertragsstaat Transitstaat für Hilfeleistungen ist, die einem hilfeersuchenden Vertragsstaat oder einem Drittstaat gewährt werden sollen und sofern der Transit für eine rasche Hilfeleistung notwendig ist. Die in Artikel 3 Absatz 1 genannten Behörden unterrichten einander rechtzeitig darüber, wenn sich das Erfordernis eines Transits ergibt und stimmen die Art und Weise der Durchführung des Transits ab.

Artikel 6 **Grenzübergang der** **Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter**

(1) Die Vertragsstaaten erleichtern die Ein- und Ausfuhr der bei Hilfeleistungen notwendigen Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter. Der Leiter einer Hilfsmannschaft und die an einem Hilfeinsatz teilnehmenden Fachkräfte haben den zuständigen Zollstellen des hilfeersuchenden Vertragsstaats lediglich ein Verzeichnis der mitgeführten Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter zu übergeben. Wenn sie kein solches Verzeichnis haben, erhalten die Hilfsmannschaften und die einzelnen Fachkräfte die Genehmigung zum Grenzübertritt mit Ausrüstungsgegenständen und Hilfsgütern. In diesem Fall ist den zuständigen Stellen des hilfeersuchenden Vertragsstaats das Verzeichnis innerhalb von 30 Tagen vom Tag des Grenzübertritts vorzulegen.

(2) Die Hilfsmannschaften und die einzelnen Fachleute dürfen außer den bei Hilfeleistungen notwendigen Ausrüstungsgegenständen und Hilfsgütern kein anderes bewegliches Gut mitführen. Die Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter werden von allen Einfuhrabgaben befreit und dürfen nur für den Hilfeinsatz verwendet werden.

gicznych, pomocy medycznej, ratownictwie lub doraźnym usuwaniu awarii. Na życzenie Strony zwracającej się o pomoc, pomoc taka może być też udzielona w każdej innej postaci.

2. Grupy ratownicze i poszczególni eksperci oraz wyposażenie i środki pomocy mogą być przemieszczane drogą lądową, powietrzną lub wodną.

Artykuł 5 **Przekraczanie granicy państwowej**

1. W celu zapewnienia niezbędnej skuteczności i szybkości podczas udzielania pomocy, Umawiające się Strony zobowiązują się ograniczyć do koniecznego minimum formalności wymagane podczas przekraczania granicy państwowej.

2. Członkowie grupy ratowniczej przekraczają granicę państwową i przebywają na terytorium Strony zwracającej się o pomoc na podstawie zaświadczenia upoważniającego do przekraczania granicy, wydanego przez właściwy organ Strony pomagającej, o którym mowa w artykule 3. Wzór zaświadczenia jest zawarty w załączniku nr 1 do niniejszej Umowy. Jeżeli w wypadku nie cierpiącym zwłoki zaświadczenie nie może zostać przedstawione, to wystarczy inny dowód potwierdzający fakt, iż przekraczanie granicy następuje w celu udziału w akcji ratowniczej na podstawie postanowień niniejszej Umowy. Ponadto każdy członek grupy ratowniczej posiada ze sobą legitymację służbową zaopatrzoną w zdjęcie lub inny dokument potwierdzający tożsamość, okazywany na żądanie uprawnionego do tego organu.

3. Grupy ratownicze przekraczają granicę państwową w przejściach granicznych. W przypadkach nie cierpiących zwłoki przekroczenie granicy państwowej może nastąpić także poza przejściami granicznymi, w uzgodnieniu z właściwymi organami Umawiających się Stron, o których mowa w artykule 3 i po uprzednim poinformowaniu właściwego organu ochrony granicy państwowej.

4. Ułatwienia w przekraczaniu granicy, o których mowa w ustępach 1 i 2 stosuje się odpowiednio w wypadku, gdy Umawiająca się Strona jest Państwem tranzytowym w zakresie udzielania pomocy jednej z Umawiających się Stron lub państwu trzeciemu, i o ile tranzyt jest konieczny w celu szybkiego udzielenia pomocy. Organy wymienione w artykule 3 ustęp 1 będą się wzajemnie w porę informowały o tym, że występuje konieczność tranzytu i ustalą sposób przeprowadzenia tranzytu.

Artykuł 6 **Przemieszczanie wyposażenia** **i środków pomocy przez granicę państwową**

1. Umawiające się Strony będą ułatwiać wwóz i wywóz wyposażenia i środków pomocy, niezbędnych do prowadzenia akcji ratowniczej. Kierownik grupy ratowniczej i poszczególni eksperci biorący udział w akcji ratowniczej przedstawią przy przekraczaniu granicy państwowej właściwym organom celnym Strony zwracającej się o pomoc wykaz przewożonego wyposażenia i środków pomocy. W przypadku braku takiego wykazu, grupy ratownicze i poszczególni eksperci otrzymają zezwolenie na przekroczenie granicy państwowej wraz z wyposażeniem i środkami pomocy. Wykaz taki, w tym przypadku, powinien zostać przedstawiony właściwym organom Strony zwracającej się o pomoc w ciągu 30 dni od dnia przekroczenia granicy państwowej.

2. Grupom ratowniczym i poszczególnym ekspertom nie wolno przewozić przez granicę państwową żadnego mienia ruchomego poza wyposażeniem i środkami pomocy niezbędnymi do użycia podczas działań ratowniczych. Wyposażenie i środki pomocy są zwolnione od wszelkich opłat celnych i granicznych, a ich użycie jest dozwolone tylko do celów związanych z działaniami ratowniczymi.

(3) Für die bei Hilfeleistungen notwendigen Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter finden die Verbote und Beschränkungen für die Gütereinfuhr keine Anwendung. Die bei einer Hilfeleistung nicht verwendeten Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter sind binnen 30 Tagen nach Beendigung des Hilfseinsatzes wieder auszuführen. Lassen besondere Verhältnisse die Wiederausfuhr nicht zu, so sind Art und Menge sowie der Verbleib dieser Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter der für die Hilfeleistung verantwortlichen Stelle des hilfeersuchenden Vertragsstaats anzuzeigen, welche die zuständige Zollstelle hiervon benachrichtigt. In diesem Falle gelten die Rechtsvorschriften des hilfeersuchenden Vertragsstaats.

(4) Suchtstoffe/psychotrope Stoffe dürfen nur im Rahmen des dringenden medizinischen Bedarfs eingeführt und nur durch qualifiziertes medizinisches Personal nach den gesetzlichen Bestimmungen des hilfeleistenden Vertragsstaats eingesetzt werden. Das Recht des ersuchenden Vertragsstaats, im Hoheitsgebiet Kontrollen durchzuführen, bleibt unberührt. Die Sätze 2 bis 4 des Absatzes 3 finden auch auf die Wiederausfuhr nicht verbrauchter Suchtstoffe/psychotroper Stoffe in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten Anwendung. Dieser Warenverkehr gilt nicht als Ein- und Ausfuhr im Sinne der internationalen Suchtstoffübereinkommen. Nicht verbrauchte Suchtstoffe/psychotrope Stoffe, die nicht wieder ausgeführt werden können, unterliegen den Rechtsvorschriften des hilfeersuchenden Vertragsstaats.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten entsprechend bei einem durch das Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats führenden Transit der bei Hilfeleistungen für einen hilfeersuchenden Drittstaat notwendigen Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter. Der Transitstaat wird den Hilfsmannschaften in seinem Hoheitsgebiet Hilfe leisten, wie dies von den Vertragsstaaten vereinbart wurde.

Artikel 7

Einsatz von Luftfahrzeugen

(1) Jeder Vertragsstaat gestattet, daß Luftfahrzeuge, die vom Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aus für Einsätze im Rahmen dieses Abkommens eingesetzt werden, sein Hoheitsgebiet überfliegen und ohne Flugplatzzwang landen und starten dürfen.

(2) Die Absicht, Luftfahrzeuge zu verwenden, ist dem hilfeersuchenden Vertragsstaat unverzüglich mitzuteilen. Dabei sollen möglichst genaue Informationen gegeben werden über

1. das Baumuster des Luftfahrzeugs,
2. Eintragungsland und Eintragungskennzeichen,
3. die Besatzung, Passagiere und Hilfsmannschaften,
4. Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter,
5. die Zeit des Abflugs, die voraussichtliche Flugroute und den Landeort.

(3) Soweit sich aus Absatz 1 nichts anderes ergibt, sind die im Hoheitsgebiet jedes Vertragsstaats geltenden Luftverkehrsvorschriften anzuwenden, insbesondere die Pflicht, den zuständigen Kontrollstellen Informationen über die Flüge zu übermitteln.

(4) Anhang 12 über das Such- und Rettungswesen im Luftverkehr zum Abkommen vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt sowie das Abkommen vom 5. März 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Zusammenarbeit im Flugverkehr in Notfällen zwischen den Such- und Rettungsdiensten (SAR) bleiben unberührt.

3. Wyposażenie i środki pomocy niezbędne do działań ratowniczych nie będą przedmiotem zakazów i ograniczeń stosowanych w odniesieniu do wwozu urządzeń i towarów. Wyposażenie i środki pomocy nie zużyte w czasie działań ratowniczych będą z powrotem wywiezione w terminie 30 dni po zakończeniu akcji ratowniczej. Jeżeli wywóz ten byłby niemożliwy z powodu szczególnych okoliczności, zarówno o rodzaju, ilości jak i miejscu składowania wyposażenia i środków pomocy powiadomi się właściwe organy Strony zwracającej się o pomoc, odpowiedzialne za akcję ratowniczą który powiadomi o tym właściwy organ celny. W tym wypadku mają zastosowanie przepisy prawa Strony zwracającej się o pomoc.

4. Narkotyki i środki psychotropowe mogą być sprowadzane tylko w celu udzielania koniecznej pomocy medycznej oraz mogą być stosowane wyłącznie przez wykwalifikowany personel medyczny, zgodnie z przepisami Strony pomagającej. Strona zwracająca się o pomoc zachowuje prawo kontroli na swoim terytorium. Ustęp 3, zdania 2-4, stosuje się także do wywozu na terytorium drugiej Umawiającej się Strony niewykorzystanych narkotyków i środków psychotropowych, zgodnie z przepisami prawa Umawiających się Stron. Tego rodzaju obrót towarowy nie będzie traktowany jako import lub eksport narkotyków w rozumieniu odpowiednich umów międzynarodowych. Do środków odurzających i substancji psychotropowych, których nie wykorzystano, stosuje się przepisy prawa Strony zwracającej się o pomoc.

5. Ustęp 1 do 4 stosuje się odpowiednio w odniesieniu do tranzytu przez terytorium jednej z Umawiających się Stron, wyposażenia i środków pomocy niezbędnych podczas przeprowadzenia akcji ratowniczej na rzecz państwa trzeciego zwracającego się o pomoc. Państwo tranzytu udziela na swoim terytorium pomocy grupom ratowniczym w sposób uzgodniony przez Umawiające się Strony.

Artykuł 7

Użycie statków powietrznych

1. Każda z Umawiających się Stron zezwoli statkom powietrznym na przeprowadzenie w ramach niniejszej Umowy operacji z terytorium drugiej Umawiającej się Strony, na przeloty nad swym terytorium, na lądowania i starty, bez obowiązku korzystania ze stałych lotniczych przejść granicznych.

2. Stronę zwracającą się o pomoc należy niezwłocznie powiadomić o planowanym użyciu statków powietrznych. Należy przy tym możliwie dokładnie podać informację o:

- 1) typie statku powietrznego,
- 2) kraju rejestracji i oznakowaniu rejestracyjnym statku powietrznego,
- 3) załodze, pasażerach i grupie ratowniczej,
- 4) wyposażeniu i środkach pomocy,
- 5) czasie odlotu, planowanej trasie lotu i miejscu lądowania.

3. O ile nic innego nie wynika z ustępu 1 należy podczas działań ratowniczych stosować odpowiednio przepisy o ruchu lotniczym, obowiązujące na terytorium każdej z Umawiających się Stron, w szczególności w zakresie obowiązku przekazywania informacji o lotach właściwym organom kontroli ruchu lotniczego.

4. Aneks 12 o systemie poszukiwań i ratownictwie w lotnictwie do Konwencji o międzynarodowym lotnictwie cywilnym z dnia 7 grudnia 1944 r. jak i porozumienie operacyjne o współpracy lotniczej w nagłych wypadkach między służbami poszukiwania i ratownictwa (SAR) Republiki Federalnej Niemiec i Rzeczypospolitej Polskiej, z dnia 5 marca 1992 r., pozostają nienaruszone.

Artikel 8**Koordination und Gesamtleitung**

(1) Die Koordination und Gesamtleitung der Rettungs- und Hilfsmaßnahmen obliegt den zuständigen Behörden des hilfeersuchenden Vertragsstaats.

(2) Die zuständigen Behörden des hilfeersuchenden Vertragsstaats unterstützen die Hilfsmannschaften und die einzelnen Fachkräfte des hilfeleistenden Vertragsstaats bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Sie erläutern möglichst ausführlich die Aufgaben, die sie den Hilfsmannschaften und den einzelnen Fachkräften übertragen wollen.

(3) Anweisungen an die Hilfsmannschaften des hilfeleistenden Vertragsstaats werden ausschließlich an ihre Leiter gerichtet, die die Einzelheiten der Durchführung gegenüber den ihnen unterstellten Kräften anordnen.

Artikel 9**Einsatzkosten**

(1) Die Kosten der Hilfeleistung, einschließlich der Aufwendungen, die durch vollständigen oder teilweisen Verlust oder durch vollständige oder teilweise Zerstörung der mitgeführten Ausrüstungsgegenstände entstehen, werden dem hilfeleistenden Vertragsstaat durch den hilfeersuchenden Vertragsstaat nicht erstattet, es sei denn, die Vertragsstaaten haben vorher eine diesbezügliche Sonderregelung getroffen.

(2) Jeder Vertragsstaat kann verlangen, daß die durch einen Einsatz von Luftfahrzeugen entstandenen Kosten bis zur Hälfte von dem hilfeersuchenden Vertragsstaat übernommen werden. Die Höhe der Kosten richtet sich in diesem Fall nach den in dem hilfeleistenden Vertragsstaat zum Zeitpunkt der Hilfeleistung gültigen Tarifen.

(3) Die Hilfsmannschaften und Fachkräfte des hilfeleistenden Vertragsstaats werden während der Dauer des Einsatzes im hilfeersuchenden Vertragsstaat auf dessen Kosten untergebracht und verpflegt sowie mit Gütern für den Eigenbedarf versorgt, wenn die mitgeführten Bestände aufgebraucht sind. Sie erhalten im Bedarfsfall kostenlos logistische (einschließlich medizinische) Hilfe.

Artikel 10**Entschädigung und Schadensersatz**

(1) Die Vertragsstaaten verzichten wechselseitig auf alle Entschädigungsansprüche wegen des Verlustes oder der Beschädigung von Vermögenswerten, die ihnen oder anderen Verwaltungsorganen gehören, wenn der Schaden von einem Angehörigen einer Hilfsmannschaft oder von einer Fachkraft bei einem Einsatz im Rahmen dieses Abkommens verursacht worden ist.

(2) Die Vertragsstaaten verzichten wechselseitig auf alle Entschädigungsansprüche wegen Verletzung oder wegen des Todes eines Angehörigen einer Hilfsmannschaft oder einer Fachkraft, soweit der Schaden bei der Durchführung des Abkommens entstanden ist. Ersatzansprüche eines im Zusammenhang mit der Hilfeleistung geschädigten Angehörigen einer Hilfsmannschaft oder einer Fachkraft bzw. deren Hinterbliebenen bleiben hiervon unberührt.

(3) Wird durch einen Angehörigen einer Hilfsmannschaft oder durch eine Fachkraft des hilfeleistenden Vertragsstaats bei der Erfüllung seiner bzw. ihrer Aufgabe im Hoheitsgebiet des hilfeersuchenden Vertragsstaats einem Dritten ein Schaden zugefügt, so haftet für den Schaden ausschließlich der hilfeersuchende Vertragsstaat nach den Vorschriften, die im Fall eines durch eigene Hilfsmannschaften verursachten Schadens Anwendung finden würden.

(4) Die zuständigen Behörden beider Vertragsstaaten arbeiten eng zusammen, um die Erledigung von Schadensersatzansprüchen zu erleichtern. Insbesondere tauschen sie alle ihnen zugänglichen Informationen über Schadensfälle im Sinne dieses Artikels aus.

Artykuł 8**Koordinacja i kierownictwo ogólne działań**

1. Za koordynację i kierownictwo ogólne działań są odpowiedzialne właściwe organy Strony zwracającej się o pomoc.

2. Właściwe organy Strony zwracającej się o pomoc będą udzielały pomocy w wykonywaniu zadań grupom ratowniczym i poszczególnym ekspertom Strony pomagającej. Określą one możliwie szczegółowo zadania, których realizację zamierzają powierzyć grupom ratowniczym i poszczególnym ekspertom.

3. Dyspozycje dla grup ratowniczych Strony pomagającej są przekazywane wyłącznie ich kierownikom, którzy będą wydawać swoim podwładnym polecenia dotyczące szczegółów ich realizacji.

Artykuł 9**Koszty działań ratowniczych**

1. Koszty działań ratowniczych, włącznie z nakładami spowodowanymi przez całkowitą lub częściową utratę, jak również przez całkowite lub częściowe zniszczenie przywiezionego wyposażenia, nie będą zwracane Stronie pomagającej przez Stronę zwracającą się o pomoc, chyba że Strony doszły wcześniej do specjalnego porozumienia.

2. Każda Umawiająca się Strona może zażądać aby koszty powstałe w wyniku udziału statków powietrznych, pokryte zostały do połowy przez Stronę zwracającą się o pomoc. Wysokość kosztów oblicza się w tym wypadku według taryf obowiązujących na terytorium Strony udzielającej pomocy, w chwili jej udzielenia.

3. Grupy ratownicze i eksperci Strony pomagającej podczas trwania akcji ratowniczej, na obszarze Strony zwracającej się o pomoc, będą na jej koszt zakwaterowani i zaprowiantowani, jak również zaopatrzeni w środki osobistego użytku, o ile przywiezione zapasy zostaną wyczerpane. W razie potrzeby otrzymają oni również bezpłatnie pomoc logistyczną, w tym pomoc medyczną.

Artykuł 10**Odszkodowania i rekompensaty**

1. Umawiające się Strony rezygnują wzajemnie z wszelkich roszczeń odszkodowawczych z powodu utraty lub uszkodzenia mienia, należącego do nich lub innych organów, o ile szkoda będzie spowodowana przez członka grupy ratowniczej lub eksperta w związku z wypełnianiem zadań wynikających z realizacji Umowy.

2. Umawiające się Strony rezygnują wzajemnie z wszelkich roszczeń odszkodowawczych z tytułu uszkodzenia ciała, rozstroju zdrowia lub śmierci członka grupy ratowniczej lub eksperta, zaistniałych podczas realizacji Umowy. Pozostaje nie naruszone prawo do roszczeń o odszkodowanie przez członków grupy ratowniczej i ekspertów poszkodowanych w związku z wykonywaniem działań ratowniczych bądź też pozostałych po nich członków ich rodzin.

3. Jeśli szkoda będzie spowodowana osobie trzeciej przez członka grupy ratowniczej lub eksperta Strony pomagającej przy wykonywaniu jego zadań na terytorium Strony zwracającej się o pomoc, to za szkodę odpowiada wyłącznie Strona zwracająca się o pomoc zgodnie z przepisami, które stosuje się w przypadku szkody spowodowanej przez własne grupy ratownicze.

4. Właściwe organy Umawiających się Stron będą ściśle ze sobą współpracowały w celu ułatwienia procedury dochodzenia odszkodowań. W szczególności będą wymieniały wszystkie dostępne informacje o przypadkach powstania szkody w rozumieniu tego artykułu.

(5) Die Absätze 1, 2 und 3 gelten nicht, wenn der Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt worden ist.

Artikel 11

Weitere Formen der Zusammenarbeit

(1) Die in Artikel 3 genannten Behörden arbeiten zusammen und können gesonderte Vereinbarungen schließen, insbesondere über

1. die Vorhersage, Vorbeugung und Bekämpfung von Katastrophen oder schweren Unglücksfällen, den Austausch aller praktischen Erfahrungen und zweckdienlichen Informationen wissenschaftlicher und technischer Art, die Durchführung von Konferenzen und Studienaufenthalten für Fachkräfte, Forschungsprogramme und Fachkurse, den Austausch von Lehrkräften und Lehrgangsteilnehmern der einschlägigen Ausbildungseinrichtungen sowie die Durchführung von gemeinsamen Übungen und den beratenden Einsatz von wissenschaftlichen Experten in Einsatzstäben;
2. den Austausch von Informationen über Gefahren und Schäden, die sich in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats ausbreiten können; der gegenseitige Informationsaustausch umfaßt auch die vorsorgliche Übermittlung von Meß- und Prognosedaten.

(2) Für gemeinsame Übungen, bei denen Hilfsmannschaften aus einem Vertragsstaat im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats zum Einsatz kommen, gelten die Bestimmungen des Abkommens sinngemäß.

Artikel 12

Übermittlung personenbezogener Daten

Soweit aufgrund dieses Abkommens nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts jedes Vertragsstaats personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten die Bestimmungen der Anlage 2 zu diesem Abkommen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften.

Artikel 13

Telekommunikationsverbindungen

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten treffen gemeinsam die erforderlichen Vorkehrungen, damit Telekommunikations-, insbesondere Funkverbindungen zwischen den in Artikel 3 genannten Behörden, zwischen diesen Behörden und den von ihnen entsandten Hilfsmannschaften, zwischen den Hilfsmannschaften untereinander und zwischen den entsandten Hilfsmannschaften und der jeweiligen Einsatzleitung ermöglicht werden.

Artikel 14

Beilegung von Meinungsverschiedenheiten

(1) Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden, soweit möglich, durch die Regierung beider Vertragsstaaten beigelegt.

(2) Falls die Vertragsstaaten eine Meinungsverschiedenheit nicht binnen zwölf Monaten nach ihrem Entstehen belegen, wird sie auf Antrag jedes Vertragsstaats einem Schiedsgericht, bestehend aus drei Obmännern, vorgelegt. Jeder der Vertragsstaaten benennt je einen Obmann, und die benannten Obmänner wählen einen Vorsitzenden, der nicht die Staatsangehörigkeit eines der Vertragsstaaten besitzen darf.

(3) Falls einer der Vertragsstaaten seinen Obmann nicht binnen zwei Monaten nach dem Erhalt des Antrags des anderen Vertragsstaats benennt, kann sich der andere Vertragsstaat zwecks Nominierung mit einer Bitte an den Vorsitzenden des Internationalen Gerichtshofs wenden.

5. Ustępow 1, 2 i 3 nie stosuje się, gdy szkoda została spowodowana umyślnie lub w wyniku rażącego niedbalstwa.

Artykuł 11

Pozostałe formy współpracy

1. Właściwe organy, o których mowa w artykule 3 współpracują ze sobą i mogą zawierać odrębne porozumienia, w szczególności w sprawach:

- 1) prognozowania, profilaktyki i zwalczania katastrof, klęsk żywiołowych lub innych poważnych wypadków, wymiany wszelkich doświadczeń praktycznych oraz przydatnych informacji naukowych i technicznych, organizacji konferencji, wizyt studialnych wykwalifikowanych specjalistów, programów badawczych i kursów specjalistycznych, wymiany wykładowców i słuchaczy odpowiednich placówek szkoleniowych oraz prowadzenia wspólnych ćwiczeń, a także do radczego udziału ekspertów-naukowców w sztabach operacyjnych,
- 2) wymiany informacji o zagrożeniach i szkodach mogących rozprzestrzenić się na terytorium drugiej Umawiającej się Strony, która obejmuje również wyprzedzające przekazywanie danych o pomiarach i prognozach.

2. W przypadku wspólnych ćwiczeń, w których grupy ratownicze jednej Umawiającej się Strony przebywają na terytorium drugiej Umawiającej się Strony, stosuje się odpowiednio postanowienia Umowy.

Artykuł 12

Przekazywanie danych osobowych

W przypadku przekazywania na podstawie przepisów niniejszej Umowy – zgodnie z prawem wewnętrznym każdej Umawiającej się Strony – danych osobowych, obowiązywać będą postanowienia zawarte w załączniku nr 2 do niniejszej Umowy z uwzględnieniem przepisów prawa obowiązujących każdą z Umawiających się Stron.

Artykuł 13

Połączenia telekomunikacyjne

Właściwe organy Umawiających się Stron poczynią wspólnie odpowiednie kroki, które umożliwią powstanie połączeń telekomunikacyjnych, zwłaszcza połączeń drogą radiową między organami wymienionymi w artykule 3, między tymi organami a wysłanymi przez nie grupami ratowniczymi, jak i między grupami ratowniczymi oraz między wysłanymi grupami ratowniczymi a właściwym kierownictwem akcji ratowniczej.

Artykuł 14

Rozstrzyganie spraw spornych

1. Wszelkie sprawy sporne między Umawiającymi się Stronami, dotyczące interpretacji lub stosowania niniejszej Umowy będą rozstrzygane, o ile to możliwe, przez Rządy obu Umawiających się Stron.

2. Jeżeli Umawiające się Strony nie rozstrzygną sprawy spornej w ciągu dwunastu miesięcy od daty jej powstania, zostanie ona przedłożona na wniosek każdej z Umawiających się Stron trybunałowi arbitrażowemu złożonemu z trzech arbitrów. Każda z Umawiających się Stron wyznaczy po jednym arbitrze, a wyznaczeni arbitrzy wybiorą przewodniczącego, który nie może być obywatelem żadnej z Umawiających się Stron.

3. Jeżeli jedna z Umawiających się Stron nie dokona mianowania swego arbitra w ciągu dwóch miesięcy od dnia otrzymania wniosku drugiej Umawiającej się Strony, o dokonanie takiej nominacji druga Umawiająca się Strona może zwrócić się z prośbą do Przewodniczącego Międzynarodowego Trybunału Sprawiedliwości.

(4) Falls beide Obmänner binnen zwei Monaten nach ihrer Ernennung keine Übereinkunft bezüglich der Wahl des Vorsitzenden des Schiedsgerichts erzielen, wird die Nominierung des Vorsitzenden auf Antrag eines Vertragsstaats durch den Vorsitzenden des Internationalen Gerichtshofs vorgenommen.

(5) Falls der Vorsitzende des Internationalen Gerichtshofs in den Fällen der Absätze 3 und 4 die genannte Funktion nicht ausüben kann bzw. er die Staatsangehörigkeit eines der Vertragsstaaten besitzt, wird die Nominierung durch den Stellvertretenden Vorsitzenden des Internationalen Gerichtshofs vorgenommen. Falls der Stellvertretende Vorsitzende diese Funktion nicht erfüllen kann bzw. er die Staatsangehörigkeit eines der Vertragsstaaten besitzt, nimmt der rangälteste Richter des Gerichtshofs, der nicht Staatsangehöriger eines der Vertragsstaaten ist, die Nominierung vor.

(6) Falls die Vertragsstaaten nichts anderes vereinbaren, legt das Schiedsgericht die eigene Verfahrensweise fest. Das Gericht fällt Urteile mit Stimmenmehrheit und in Anlehnung an die Prinzipien und Vorschriften des Völkerrechts sowie auf der Grundlage der Bestimmungen dieses Abkommens.

(7) Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Obmannes sowie dessen Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht. Die Kosten im Zusammenhang mit dem Vorsitzenden sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann jedoch in seinem Urteil für einen Vertragsstaat einen größeren Kostenanteil festlegen.

(8) Die Urteile des Schiedsgerichts sind endgültig und für beide Vertragsstaaten verbindlich.

Artikel 15

Andere völkerrechtliche Übereinkünfte

Bestehende Rechte und Pflichten beider Vertragsstaaten aus anderen völkerrechtlichen Übereinkünften werden durch dieses Abkommen nicht berührt.

Artikel 16

Ratifikation und Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Artikel 17

Geltungsdauer, Kündigung

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(2) Dieses Abkommen kann von den Regierungen der Vertragsstaaten durch Notifikation gekündigt werden; in diesem Fall wird die Kündigung sechs Monate nach dem Zeitpunkt wirksam, zu dem sie der Regierung des anderen Vertragsstaats zugegangen ist.

Geschehen zu Warschau am 10. April 1997 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
W imieniu Republiki Federalnej Niemiec
Johannes Bauch
Manfred Kanther

Für die Republik Polen
W imieniu Rzeczypospolitej Polskiej
Leszek Miller

4. Jeżeli obaj arbitrzy nie osiągną porozumienia odnośnie wyboru przewodniczącego trybunału arbitrażowego w ciągu dwóch miesięcy od ich mianowania, wówczas nominacji przewodniczącego dokona na wniosek jednej z Umawiających się Stron Przewodniczący Międzynarodowego Trybunału Sprawiedliwości.

5. Jeżeli w wypadkach określonych w ustępach 3 i 4 Przewodniczący Międzynarodowego Trybunału Sprawiedliwości nie może wypełnić wymienionej funkcji lub jeżeli jest on obywatelem jednej z Umawiających się Stron, nominacji dokona Wiceprzewodniczący Międzynarodowego Trybunału Sprawiedliwości. Jeżeli Wiceprzewodniczący nie może spełnić tej funkcji lub jeżeli jest obywatelem jednej z Umawiających się Stron, nominacji dokona najstarszy rangą sędzia trybunału, który nie będzie obywatelem żadnej z Umawiających się Stron.

6. Jeżeli Umawiające się Strony nie uzgodnią inaczej, trybunał arbitrażowy ustali tryb własnego postępowania. Trybunał wydaje orzeczenia większością głosów, w oparciu o zasady i przepisy prawa międzynarodowego oraz na podstawie postanowień niniejszej Umowy.

7. Każda z Umawiających się Stron ponosi koszty udziału swego arbitra oraz koszty swojego udziału w postępowaniu arbitrażowym. Koszty związane z przewodniczącymi jak i pozostałe koszty, Umawiające się Strony pokrywają w równych częściach. Trybunał może jednak w swoim orzeczeniu ustalić większy udział w kosztach jednej z Umawiających się Stron.

8. Orzeczenia trybunału arbitrażowego są ostateczne i wiążące dla obydwu Umawiających się Stron.

Artykuł 15

Inne umowy międzynarodowe

Niniejsza Umowa nie narusza istniejących praw i zobowiązań każdej z Umawiających się Stron wynikających z innych umów międzynarodowych.

Artykuł 16

Ratyfikacja i wejście w życie umowy

1. Umowa niniejsza podlega ratyfikacji. Wymiana dokumentów ratyfikacyjnych nastąpi tak szybko jak to możliwe w Bonn.

2. Niniejsza Umowa wejdzie w życie w pierwszym dniu trzeciego miesiąca od dnia wymiany dokumentów ratyfikacyjnych.

Artykuł 17

Obowiązki i wypowiedzenie umowy

1. Umowa niniejsza jest zawarta na czas nieokreślony.

2. Umowa może być wypowiedziana w drodze notyfikacji przez Rządy Umawiających się Stron. W takim wypadku Umowa utraci moc po upływie 6 miesięcy od dnia otrzymania wypowiedzenia przez Rząd drugiej Umawiającej się Strony.

Umowę niniejszą sporządzono w Warszawie dnia 10 kwietnia 1997 w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym obydwa teksty posiadają jednakową moc.

Anlage 1
zum Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Polen
über die gegenseitige Hilfeleistung
bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen

Załącznik Nr 1
do Umowy
między Republiką Federalną Niemiec
a Rzeczpospolitą Polską
o wzajemnej pomocy
podczas katastrof i klęsk żywiołowych
lub innych poważnych wypadków

.....
organ
Behörde

.....
miejscowość, data
Ort, Datum

Zaświadczenie
Bescheinigung

Pan/Pani
jest dowódcą niemieckiej grupy ratowniczej, która ma wziąć udział w akcji na terytorium Polski na podstawie Umowy między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską o wzajemnej pomocy podczas katastrof i klęsk żywiołowych lub innych poważnych wypadków.
Niniejsze zaświadczenie upoważnia grupę ratowniczą do przekraczania granicy.

Herr/Frau
ist Leiter/in der deutschen Hilfsmannschaft, die auf polnischem Hoheitsgebiet auf der Grundlage des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen eingesetzt werden soll. Diese Bescheinigung berechtigt die Hilfsmannschaft zum Grenzübertritt.

W skład niemieckiej grupy ratowniczej wchodzi osób.
Der deutschen Hilfsmannschaft gehören Personen an.

Grupa ratownicza ma ze sobą wyposażenie, w tym
..... pojazdów z przyczepami,
..... psów ratowniczych.
Die Hilfsmannschaft führt Ausrüstungsgegenstände mit, darunter
..... Fahrzeuge mit Anhängern,
..... Rettungshunde.

Na terytorium Polski wwozi się następujące środki pomocy:
Folgende Hilfsgüter werden in das polnische Hoheitsgebiet eingeführt:

.....

.....
Podpis
Unterschrift

Anlage 2
zum Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Polen
über die gegenseitige Hilfeleistung
bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen

Załącznik Nr 2
do Umowy
między Republiką Federalną Niemiec
a Rzeczpospolitą Polską
o wzajemnej pomocy
podczas katastrof i klęsk żywiołowych
lub innych poważnych wypadków

1. Die Verwendung der Daten durch den Empfänger ist nur zu dem angegebenen Zweck und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.
2. Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
3. Personenbezogene Daten dürfen nur an die zuständigen Stellen übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.
4. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, daß unrichtige oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung der Daten vorzunehmen.
5. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Daten sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunfterteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, daß das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunfterteilung überwiegt. Im übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
6. Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustauschs nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, daß der Schaden durch die übermittelnde Seite verursacht worden ist. Leistet die empfangende Stelle Schadensersatz wegen eines Schadens, der durch die Verwendung von unrichtig übermittelten Daten verursacht wurde, so erstattet die übermittelnde Stelle der empfangenden Stelle den Gesamtbetrag des Ersatzes.
7. Soweit das für die übermittelnde Stelle geltenden nationale Recht in Bezug auf die übermittelten personenbezogenen Daten besondere Löschungsvorschriften vorsieht, weist die übermittelnde Stelle den Empfänger darauf hin. Unabhängig
1. Dopuszcza się wykorzystanie danych wyłącznie we wskazanym celu oraz zgodnie z warunkami określonymi przez instytucję przekazującą dane.
2. O sposobie wykorzystania przekazanych danych i osiągniętych wynikach odbiorca informuje instytucję przekazującą dane, na jej wniosek.
3. Dane osobowe mogą być przekazywane wyłącznie właściwym organom. Dalsze ich przekazywanie innym instytucjom może nastąpić jedynie po uprzednim wyrażeniu zgody przez instytucję, która dane przekazała.
4. Instytucja przekazująca dane jest odpowiedzialna za ich prawdziwość. Jest również obowiązana ocenić ich niezbędność i współmierność w stosunku do celu ich przekazywania. Należy przy tym uwzględnić zakaz przekazywania danych zgodnie z obowiązującym prawem wewnętrznym. Jeśli okaże się że przekazano dane nieprawdziwe lub takie, których nie wolno było przekazać, należy o tym niezwłocznie zawiadomić odbiorcę. Jest on obowiązany do sprostowania lub zniszczenia tych danych.
5. Osobie, której dotyczą przekazywane dane, należy na jej wniosek, udzielić informacji odnośnie tych danych, jak również o zamierzonym celu ich wykorzystania. Obowiązek udzielenia informacji nie dotyczy wypadków, gdy interes publiczny przemawiający za jej nieudzieleniem przeważa nad interesem osoby zainteresowanej jej udzieleniem. Prawo osoby zainteresowanej do uzyskania informacji o istniejących danych jej dotyczących zależy od prawa wewnętrznego tej Umawiającej się Strony, na której terytorium został złożony wniosek o udzielenie informacji.
6. Jeżeli w następstwie uzyskania danych w ramach wymiany danych osobowych dokonanej zgodnie z niniejszą Umową ktokolwiek poniesie szkodę spowodowaną czynem bezprawnym, to odpowiedzialność za jej wyrządzenie spoczywa na instytucji odbierającej dane, według prawa wewnętrznego obowiązującego w jej kraju. Powoływanie się na fakt, że szkoda została spowodowana przez instytucję przekazującą dane, nie zwalnia od odpowiedzialności wobec poszkodowanego. Jeżeli instytucja odbierająca dane wypłaci odszkodowanie za szkodę spowodowaną wykorzystaniem niewłaściwie przekazanych danych, to instytucja przekazująca dane zwróci instytucji odbierającej dane, sumę odpowiadającą pełnej wysokości odszkodowania.
7. Jeżeli prawo wewnętrzne kraju instytucji przekazującej dane, w odniesieniu do przekazywanych danych osobowych przewiduje szczególne przepisy dotyczące zatarcia danych, to instytucja przekazująca dane informuje o tym odbiorcę.

von diesen Fristen sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.

8. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
9. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die personenbezogenen Daten bei der Übermittlung und dem Empfang wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

Niezuabhängig od obowiązujućych terminów, dane osobowe należy zetrzeć niezwłocznie, gdy przestaną być niezbędne dla celu, w którym zostały przekazane.

8. Instytucje przekazujące i odbierające dane odnotowują w aktach przekazanie i odbiór danych osobowych.
9. Instytucje przekazujące i odbierające dane, podczas przekazywania danych osobowych są obowiązane do ich skutecznej ochrony przed dostępem osób nieuprawnionych, przed dokonywaniem niedozwolonych zmian w treści oraz przed podaniem do wiadomości bez odpowiedniego upoważnienia.

Denkschrift zum Abkommen

A. Allgemeiner Teil

Nachdem die Bundesrepublik Deutschland in den 80er Jahren mit ihren Nachbarstaaten Dänemark, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg, Frankreich, der Schweiz und Österreich Abkommen mit inhaltlich gleicher Zielsetzung abgeschlossen hat, war nach den grundlegenden politischen Veränderungen in Osteuropa der Weg frei, auch mit den östlichen Nachbarn Hilfeleistungsabkommen zu schließen. Nach Rußland und Litauen ist Polen das dritte Land Osteuropas, mit dem die Bundesrepublik Deutschland gegenseitige Hilfe im Katastrophen- und Unglücksfall vereinbart.

In dem Bewußtsein, daß Folgen und Auswirkungen natur- oder technologiebedingter Katastrophen häufig weit über die eigenen Staatsgrenzen hinaus zu spüren sind, sowie dem Gedanken nachbarschaftlicher Solidarität Rechnung tragend, soll mit dem Hilfeleistungsabkommen die rechtliche Grundlage für eine – bereits seit Jahren praktizierte – wirksame grenzüberschreitende Hilfe zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland geschaffen werden. Ziel des Abkommens ist es, die Voraussetzungen für gegenseitige rasche und unbürokratische Hilfe im Katastrophen- und Unglücksfall zu schaffen, indem es die Ansprech- und Kontaktstellen festlegt, Erleichterungen des grenzüberschreitenden Verkehrs von Personen und Sachen regelt, einen umfassenden Kostenverzicht des hilfeleistenden Vertragsstaates ausspricht, einen Haftungsausschluß bei fahrlässig herbeigeführten Personen- und Sachschäden sowie einen umfassenden Informations- und Erfahrungsaustausch der beiden Vertragsstaaten vorsieht. Den Innenministerien der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und des Freistaats Sachsen – als gemäß Artikel 3 des Abkommens für die Stellung und Entgegennahme von Hilfeersuchen zuständige Behörden – wird es gestattet, zur Durchführung des Abkommens Verfahrensregelungen sowie gesonderte Vereinbarungen hinsichtlich der konkreten Zusammenarbeit zu treffen bzw. andere Behörden und Stellen hierzu zu ermächtigen.

B. Besonderer Teil

Artikel 1

Artikel 1 beschreibt Regelungsinhalt und Regelungsbereich des Abkommens.

Artikel 2

Artikel 2 definiert wichtige im Abkommen verwandte Begriffe.

Artikel 3

In Artikel 3 sind die Behörden aufgeführt, die in den beiden Vertragsstaaten für die Stellung und Entgegennahme von Hilfeersuchen zuständig sind, für die Bundesrepublik Deutschland auf Bundes- sowie auf Landesebene.

Artikel 4

Artikel 4 legt in Absatz 1 fest, wer Hilfe leisten kann, und sagt in Absatz 2 aus, daß Hilfspersonal und Material auf dem Land-, Luft- oder Wasserweg transportiert werden können.

Artikel 5

Artikel 5 enthält im Interesse der erforderlichen Schnelligkeit und Wirksamkeit der Hilfeeseinsätze Regelungen für die Hilfsmannschaften um den grenzüberschreitenden Personenverkehr zu erleichtern sowie Regelungen über die mindestens erforderlichen Grenzformalitäten. Absatz 4 enthält Grenzüberschreitungsregelungen für den Fall, daß ein Vertragsstaat Transitstaat für Hilfeleistungen ist, die einem Vertragsstaat oder einem Drittstaat gewährt werden.

Artikel 6

Dieser Artikel korrespondiert mit Artikel 5: Auch hinsichtlich der von den Hilfsmannschaften mitgeführten Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter werden Erleichterungen im grenzüberschreitenden Güterverkehr eingeräumt. Formalien werden auf ein Mindestmaß reduziert.

Artikel 7

Artikel 7 regelt die Besonderheiten bei einem möglichen Einsatz von Luftfahrzeugen.

Artikel 8

Dieser Artikel unterstreicht die Verantwortung der Behörden des Einsatzstaates für die Hilfsaktion und legt das Verfahren der Einordnung der angeforderten Hilfsmannschaften in die Maßnahmen zur Schadensabwehr und -beseitigung fest.

Artikel 9

Absatz 1 sieht einen grundsätzlichen Kostenverzicht der Vertragsstaaten, vorbehaltlich einer vorher getroffenen Sonderregelung, vor.

Absatz 2 bestimmt für den sehr kostenaufwendigen Einsatz von Luftfahrzeugen, daß jeder Vertragsstaat die durch den Einsatz entstandenen Kosten bis zur Hälfte vom hilfeersuchenden Vertragsstaat verlangen kann.

Absatz 3 regelt die Kosten für die Versorgung der Einsatzkräfte im Falle eines Einsatzes sowie die Gewährung logistischer und medizinischer Hilfe.

Artikel 10

Nach den Absätzen 1 und 2 verzichtet jeder Vertragsstaat grundsätzlich auf alle Entschädigungsansprüche aus Vermögens- und Personenschäden, die ihm im Zusammenhang mit der Durchführung des Abkommens zustehen.

Absatz 3 trifft eine Regelung im Falle von Drittschäden, die durch ein Mitglied der Hilfsmannschaft der ersuchten Vertragspartei entstehen.

Absatz 4 legt die Zusammenarbeit der Vertragsstaaten bei der Erledigung von Schadensersatzansprüchen fest.

Nach Absatz 5 gelten die Absätze 1 bis 3 nicht bei einem mit Vorsatz oder aufgrund grober Fahrlässigkeit herbeigeführten Schaden.

Artikel 11

Artikel 11 enthält Regelungen über die nähere Ausgestaltung der Zusammenarbeit.

Artikel 12

Artikel 12 trifft Regelungen für die Übermittlung personenbezogener Daten.

Artikel 13

Artikel 13 legt fest, daß die Vertragsstaaten die erforderlichen Vorkehrungen für die Einrichtung von Telekommunikationsverbindungen zwischen den am Einsatz beteiligten Behörden und Hilfsmannschaften treffen.

Artikel 14

Artikel 14 regelt das Verfahren zur Beilegung von Meinungsverschiedenheiten, die sich aus der Auslegung oder Anwendung des Abkommens ergeben könnten.

Artikel 15

Nach Artikel 15 werden bestehende Rechte und Pflichten beider Vertragsstaaten aus anderen völkerrechtlichen Übereinkünften durch dieses Abkommen nicht berührt.

Artikel 16

Artikel 16 enthält Vorschriften über Ratifikation und Inkrafttreten des Abkommens.

Artikel 17

Die Vorschrift betrifft die Geltungsdauer und das Verfahren zur Kündigung des Abkommens.

19.12.97**Stellungnahme**
des Bundesrates

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 10. April 1997 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen

Der Bundesrat hat in seiner 720. Sitzung am 19. Dezember 1997 beschlossen, gegen den Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes keine Einwendungen zu erheben.